



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Aus der Sitzung des Gemeinderates vom 3. Juli 2008

Teures Wohnen: Ernst der Lage nicht erkannt!

„Wohnen wird immer teurer, im Herbst steht ein enormer Preissprung bei den Mieten ins Haus. Die meisten Parteien im Grazer Rathaus haben aber den Ernst der Lage nicht erkannt oder stehen nicht in direktem Kontakt mit den betroffenen Menschen. Sie verhalten sich wie Hausherrenparteien“. Mit diesen Worten kommentiert Stadträtin Elke Kahr, dass ÖVP, SPÖ, Grüne und FPÖ einen Dringlichkeitsantrag der KPÖ abgelehnt haben, der von der Bundesregierung konkrete Maßnahmen gegen die Teuerung auf dem Wohnungssektor fordert.

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch stellte den Antrag

1. das Mietrechtsgesetz so abzuändern, dass hinkünftig die Verwaltungskosten von den jeweiligen Kategorie A - Sätzen und den damit verbundenen Erhöhungen entkoppelt werden,



2. die Mehrwertsteuer auf Mieten ersatzlos zu streichen, sowie
3. bis auf weiteres die jetzigen Miethöhen einzufrieren.

Für die FPÖ - diesmal nicht als Partei des Kleinen Mannes verkleidet - waren diese Forderungen „plakative Methoden des Klassenkampfes“, für die Grüne Vizebürgermeisterin Rucker eine bloße „Kurzschlussantwort“. Auch SPÖ und ÖVP lehnten diese konkreten Forderungen ab, weil das „Mietrecht ein weites Feld“ wäre (SPÖ-Gemeinderätin Bauer). Dabei decken sich die Forderungen der KPÖ über weite Strecken mit den Vorschlägen von Arbeiterkammer und SP-Mietervereinigung.

Kündigungen verhindern!

Die Theaterservice GmbH ist ein Unternehmen, deren Beschäftigte früher bei den Vereinigten Bühnen waren und für die Herstellung von Bühnenbildern und Kostümen verantwortlich sind. Seit der Ausgliederung wird sie jetzt als privatwirtschaftlich geführter Betrieb dem globalen Markt ausgesetzt. Da jetzt Oper und Schauspielhaus teilweise im Ausland ihre Produkte anfertigen lassen, muss die Theaterservice GmbH Mitarbeiter kündigen.

„Bei großen Konzernen regen wir uns auf, wenn sie Produktionen in Billiglohnländer auslagern, aber bei den quasi staatlichen Betrieben sind Landes- und Stadtregierung um nichts besser“, kritisiert Gemeinderat Herbert Wippel, der mit einem dringlichen Antrag die Kündigungen zu verhindern suchte.



**Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 21 51,
Rathaus Graz**

Elke Kahr (KPÖ): „Die Parteien haben sich im Gemeinderatswahlkampf mit Initiativen für kostengünstiges Wohnen übertrumpft, nach der Gemeinderatswahl will man davon nichts mehr wissen und lehnt sogar eine Petition an die Bundesregierung mit konkreten Forderungen ab.“

Gemeinderatssitzung Juli 2008 Anträge der KPÖ im Gemeinderat:

Preisregelung

VP, SP, Grüne, FP und BZÖ lehnen auch eine amtliche Preisregelung für Grundnahrmittel und Energie ab. Gemeinderat Herbert Wippl: „Das ist ein Armutszeugnis der Parteien. Preisregelung hat es in Österreich gegeben und sie hat funktioniert.“

EU: ÖVP, SPÖ und Grüne mauern

ÖVP, SPÖ und Grüne lehnen den Dringlichkeitsantrag von KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch für EU-Volksabstimmungen. Diese Parteien haben große Angst davor, wie in Irland die Bevölkerung zu befragen. Sie regieren lieber gegen die Leute.

Gösting: Bahnübergang wird gesperrt



Gegen die Sperre der Bahnübersetzung Weixelbaumstraße (Gösting) für den PKW Verkehr, insbesondere aber auch für den Rad- und Fußverkehr, wandte sich Gemeinderat Christian Sikora in einer Anfrage.

Vizebürgermeisterin Rucker dazu: „Wir versuchen eine für alle Betroffenen geeignete Lösung zu finden“. Am Donnerstag, 10. Juli ist sie um 17 Uhr an Ort und Stelle am Bahnübergang, um Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Belgiergasse: Baucontainer vor der Nase



In der Belgiergasse Nr. 15 wurden durch die Bauarbeiten für die so genannten Murgalerie Baucontainer aufgestellt. In diesem Haus wohnen Seniorinnen und Senioren, die vom Sozialamt zugewiesen wurden. Weder das Sozialamt, noch die Bewohnerinnen und Bewohner wurden darüber vorher informiert.

Die einzig freie Grünfläche für die Seniorinnen und Senioren ist in dieser Zeit nicht ausreichend benutzbar. Zusätzlich gibt es durch die

Bauarbeiten Lärm, Staub und Geruchsbelästigungen (WC - Container).

Gemeinderätin Gertrude Schloffer konfrontierte in der Fragestunde den zuständigen Stadtrat Rüschi mit dieser Situation: Er versprach, die Baufirma in einem Brief aufzufordern, Belästigungen der Anrainer zu vermeiden.

Stadt- bibliothek: Ermäßigungen gestrichen

Aus dem Grazer Gemeinderat:
Exklusive Information aus erster Hand!



Die ermäßigte Jahresgebühr der Stadtbibliotheken für Arbeitslose, Mindestpensionisten, Studierende, Präsenz- und Zivildienstler wurde gegen die Stimmend der KPÖ gestrichen.

Fabisch: „Selbst 5 Euro mehr sind für Menschen, die besonders unter der hohen Teuerung zu leiden haben, eine der vielen weiteren zusätzlichen Belastungen im Alltag. Die meisten Politiker beklagen die hohe Inflation, scheuen sich aber nicht, weitere Verteuerungen zu beschließen.“

Sozialpass: Bericht vorgelegt

Ein Informationsbericht über den Sozialpass wurde dem Gemeinderat vorgelegt und einstimmig zur Kenntnis genommen. Leider gibt es keine Fristsetzung für seine Einführung. Stadträtin Elke Kahr: „Damit hängt alles noch immer in der Luft. Der KPÖ geht es aber um die Sache. Deshalb treten wir für ein gemeinsames Vorgehen aller verantwortlichen Kräfte in der Stadt ein, um dieses Vorhaben zu verwirklichen.“

Brücke unterstützen



In einem Dringlichkeitsantrag fordert die KPÖ-Gemeinderätin Mag. Ulrike Taberhofer das Land Steiermark zur finanziellen Unterstützung des gemeinnützigen Vereins „Die Brücke“ auf.

„Die Brücke“ ist ein gemeinnütziger Verein, der sich in seiner Arbeit zum Ziel gesetzt hat, Barrieren zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen abzubauen und die Kommunikation untereinander zu fördern.

Dabei entsteht ein administrativer Aufwand von über 50.000 Euro pro Jahr, der nirgends abgedeckt wird. Aus diesem Sachverhalt heraus ergibt sich somit die Situation, dass die Brücke in finanziellen Schwierigkeiten ist und dringend eine Unterstützung braucht, um das wichtige Angebot im Bereich der Freizeitassistenz weiter setzen zu können.

Aus dem Landtag:

Altstadt: Gesetz mit Schönheitsfehlern

Der Landtag hat am Dienstag ein neues Altstadterhaltungsgesetz verabschiedet. Gemeinderat Fabisch: „Das ist nicht zuletzt auf Drängen der KPÖ zustande gekommen. Das Gesetz hat aber einen Schönheitsfehler, auf den Ernest Kaltenecker in der Landtagsdebatte hingewiesen hat. In den ersten drei Jahren soll der Altstadtanwalt nur für die Altstadtschutzzonen 1 und 2 sowie für das Schloss Eggenberg zuständig sein. Das bedeutet im Klartext: Spekulanten und Immobilienfirmen haben noch drei Jahre Frist, um ihre Projekte ohne lästige Einsprüche durchzuführen. Fälle wie der Abriss eines 300 Jahre alten Hauses in der Altstadtschutzzone Strassgang könnten sich wiederholen.“



Alle weiteren Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie unter:
www.kpoe-graz.at

KPÖ
GRAZ
www.kpoe-graz.at